



Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Frauenfragen

am 08.06.2021

Anwesend

- Vorsitz

Michael Ebling

- Verwaltung

Corinna Appelshäuser
Martina Trojanowski

- Mitglieder

Kerstin Bub
Christine Eckert
Ellen Kubica
Leonie Sayer
Uta Schmitt
Jana Schneiß

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Bernadette Jaegers

- Vertretung von Verbänden und Institutionen

Helga Ahrens
Ursula Hamann
Gabriele Hufen
Regine Hungershausen
Eva Jochmann
Regine Noll
Ute Thorwarth

- Schriftführung

Eva Weickart

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Lara Melissa Enders

- Vertretung von Verbänden und Institutionen

Christine Ellrich
Irma Ganovic
Dr. Gisela Hilgefort
Monika Wilwerding

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Verpflichtung eines neuen Mitglieds
2. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 2. März 2021
3. DGB-Rentenreport 2020 - Zahlen zu Frauenrenten in Mainz und Rheinland-Pfalz
4. Umsetzung der Istanbul-Konvention in Mainz - Weitere Themenfelder II für eine Gesamtkonzeption
5. 30 Jahre Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern
6. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16.35 Uhr die Sitzung als Videokonferenz und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 Verpflichtung eines neuen Mitglieds

Der Oberbürgermeister verpflichtet Frau Ute Thorwarth, die neue Leiterin des Wendepunkt, als neues beratendes Mitglied des Ausschusses für Frauenfragen.

Punkt 2 Kenntnisnahme der Niederschrift vom 2. März 2021

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Niederschrift.
Anmerkungen oder Änderungswünsche zur Tagesordnung bestehen nicht.

Punkt 3 DGB-Rentenreport 2020 - Zahlen zu Frauenrenten in Mainz und Rheinland-Pfalz Bericht: Myriam Lauzi, DGB Rheinland-Pfalz/Saarland

Myriam Lauzi vom DGB Rheinland-Pfalz/Saarland erläutert anhand ausgewählter Zahlen aus dem DGB-Rentenreport 2020 die Situation von Rentenempfängerinnen und die von künftigen Rentnerinnen im Vergleich zu Männern speziell für Mainz (und Rheinland-Pfalz). So erhielten in Mainz Neu-Rentnerinnen eine durchschnittliche Rente von 787,17 Euro und damit 316 Euro weniger als Männer. Auch wenn Mainzerinnen im Landesvergleich die höchsten Renten bezögen, seien sie ebenso von Altersarmut betroffen wie andere Rheinland-Pfälzerinnen oder könnten als armutsgefährdet gelten. Zu den Ursachen niedriger Frauenrenten zählten unterbrochene Erwerbsverläufe, Teilzeitarbeit, niedrige Frauenlöhne, Minijobs und

fehlende Rahmenbedingungen zur Vereinbarung von Familie und Beruf. Zu verzeichnen sei auch eine steigende Zahl von Bezieherinnen und Beziehern von Erwerbsminderungsrente. Mittlerweile führten bei fast der Hälfte psychische Erkrankungen zum Bezug von Erwerbsminderungsrente. Festzustellen sei auch ein Anstieg bei den Anträgen auf Grundsicherung, wobei eine solche Antragstellung immer noch sehr schambesetzt sei und viele Anspruchsberechtigte diesen Weg scheuten.

Zukünftig müsse, so die Forderung des DGB, der Arbeitsmarkt neu geordnet werden. Dazu gehöre die Abschaffung von Niedriglöhnen, von 450 Euro-Jobs und von sachgrundloser Befristung. Stattdessen bedürfe es des Ausbaus an Weiterbildung und Umschulung. Arbeitgeber:innen seien zudem an allen Formen der Alterssicherung zu beteiligen, auch der privaten. Flächendeckend seien Betriebsrenten einzuführen. Flankierende Maßnahmen wie Initiativen zur Vereinbarung von Familie und Beruf oder auch der Ausbau des ÖPNV verbesserten die Chancen auf dauerhafte Erwerbsbeteiligung.

Der Vorsitzende dankt Frau Lauzi für ihren Vortrag und bittet um Redebeiträge. Frau Jochmann (Frauennotruf Mainz) greift das Problem steigender Erwerbsminderung aufgrund psychischer Erkrankungen auf und verweist auf das Erleben (sexualisierter) Gewalt als einer möglichen Ursache. Im Austausch hierüber wird allgemein die Bedeutung von psychosozialen Beratungsangeboten zur Stabilisierung von Menschen (mit Gewalterfahrungen) betont. Konkret auf die Frage der Alterssicherung bezogen, sieht der Ausschuss die Notwendigkeit, offensiv über (drohende) Altersarmut aufzuklären und die Fachberatungsangebote der Deutschen Rentenversicherung oder auch Gewerkschaften bekannt zu machen.

Frau Lauzi gibt den Hinweis auf die Versicherungsberater:innen, früher Versicherungsälteste genannt. Dazu zählten auch Vertreter:innen von Gewerkschaften. Sie seien über die Internetseite der Deutschen Rentenversicherung recherchierbar. Informiert werden müsse nach Ansicht des DGB auch über freiwillige Einzahlungen zur Aufstockung der späteren Rente. Genauso wichtig sei es, dass bereits von Altersarmut Betroffene ihre Ansprüche auf Unterstützungsleistungen wie Grundsicherung oder Wohngeld kennen und auch geltend machten. Auch wenn das Problem in bundespolitischer Verantwortung liege, sehen verschiedene Ausschussmitglieder in der Schaffung bezahlbaren Wohnraums eine kommunale Steuerungsmöglichkeit, um Altersarmut abzumildern.

Abschließend schlägt der Oberbürgermeister vor, auch die jeweiligen Fortschreibungen des DGB-Rentenreports im Ausschuss zu präsentieren. Er bedankt sich bei Myriam Lauzi für ihre Darstellung.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Punkt 4 **Umsetzung der Istanbul-Konvention in Mainz - Weitere Themenfelder II für eine Gesamtkonzeption** **Vorlage: 0830/2021**

Nach Aufruf von Tagesordnungspunkt 4 durch den Oberbürgermeister und einer kurzen Einführung in das Thema durch Frau Weickart begrüßt Frau Hufen (SKF-Frauenhaus) die Beschlussvorlage, insbesondere die Ausführungen zum Frauenhaus Mainz und dessen Fachberatungsstelle. Anschließend berichtet sie zum Sachstand des (barrierefreien) Ausbaus des Mainzer Frauenhauses im Rahmen des Bundesinvestitionsprogramms. Nach dessen Abschluss stünden im Frauenhaus mindestens zwei große, barrierefreie Zimmer und zwei Zusatzplätze mehr zur Verfügung. Voraussetzung hierfür sei, dass die Stadt einen Eigenanteil von zehn Prozent

der Projektkosten übernehme. Hierüber entscheide der Stadtrat in seiner Sitzung Ende Juni. Mit einem Abschluss der Umbaumaßnahmen rechnet Frau Hufen nicht vor 2023. Die anschließenden Wortbeiträge gehen auf das Problem ein, dass aufgrund des Mangels an bezahlbarem Wohnraum Frauenhausbewohnerinnen, die keinen (akuten) Schutzbedarf (mehr) haben, Frauenhausplätze blockierten, obwohl sie durchaus in einer eigenen Wohnung oder einer Wohngemeinschaft mit ambulanter Betreuung leben könnten. Auch Frau Noll (SOLWODI) sieht neben dem Ausbau von Schutzunterkünften einen Bedarf an betreuten Wohnformen. Sie weist zusätzlich auf Probleme bei der Unterbringung von Frauen mit mehreren Kindern hin. Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Vorlage 0830/2021. Der Oberbürgermeister dankt für die Diskussion und ruft TOP 5 auf.

Punkt 5 **30 Jahre Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern**
mündlicher Bericht: Frauenbüro

Frau Weickart unterrichtet den Ausschuss über die Jubiläumsaktionen zu 30 Jahren Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern. Angesichts des Pandemiegeschehens seien kontaktlose Aktionsformen gewählt worden. Dazu zählten Bodenaufkleber mit Zitaten der Arbeitskreismitglieder gegen Gewalt, ein dazugehöriges Plakat sowie ein eigens kreiertes Motiv für die städtische Frankiermaschine. Ergänzend dazu habe das Frauenbüro am 1. Juni 2021 einen Fotowettbewerb unter dem Titel „Ihr Bild gegen Gewalt“ gestartet. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird die vorbereitete Präsentation der Niederschrift beigelegt.

Punkt 6 **Mitteilungen**

Oberbürgermeister Michael Ebling teilt mit, dass

- der Mädchenarbeitskreis der Stadt einlädt für den 18. Juni 2021, 15 bis 17 Uhr, zum Mädchentag XXL-online. Teilnehmen können Mädchen ab acht Jahren. Anmeldungen unter www.jugend-in-mainz.de/maedchentage.html
- das Frauenbüro im September in Kooperation mit der Projektgruppe Sommertheater, den Mainzer Kammerspielen, dem Zeitgeist-Ensemble und dem Haus des Erinnerns als Beitrag zu 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland eine Theateraufführung über jüdisches Frauenleben in Mainz quer durch die Jahrhunderte – unter freiem Himmel veranstalte.

Frau Sayer berichtet, dass die Organisation Medinetz in Koblenz Prostituierte geimpft habe und fragt nach, ob es für Mainz ebensolche Pläne oder Überlegungen gebe. Hiervon hat die Verwaltung keine Kenntnis. Der Oberbürgermeister sagt zu, entsprechende Informationen einzuholen.

Ende der Sitzung: 18 Uhr

.....
Michael Ebling
Vorsitz

.....
Eva Weickart
Schriftführung